Ostsachsen

Sturmbereit mit dem Kampfbund

Freiberg. Die am 13. Februar im Ballhaus Union durchgeführte Werbekundgebung war glänzend besucht. Gen. Preußler, [...], behandelte ausführlich das Thema: „Kampf dem Faschismus". 26 Arbeiter traten nach dem Referat dem Kampfbund bei. Das Ergebnis zeigt, daß die Kampffront gegen den Faschismus wächst. Die Proleten marschieren. Sie zeigen ihren Willen zum Kampf gegen die Hungeroffensive des Finanzkapitals und gegen den Faschismus.

Die Kleinbauern der Oberlausitz in der revolutionären Kampffront!

[...]au. Am 11. dieses Monats fand hier eine Bauern- und Arbeiterversammlung, einberufen von der Kommunistischen Partei, statt. Diese Versammlung hatte den Rekord an Besuchern erreicht. Mehr als 700 Personen, eine Zahl, die bisher nie erreicht wurde, füllten den Saal. Genosse Schneider referierte. Für den Kampfbund wurden 11 Aufnahmen gemacht. In die Partei traten 10 Arbeiter ein. Im Nachbarort Schmölln konnte eine Gruppe neu von uns aufgemacht werden, die sofort 30 Genossen zählt. Die Nationale und Sozialfaschisten haben bei den Arbeitern und Kleinbauern abgegessen. Die Kleinbauern sind bereit. Sie wünschen eine weitere Versammlung. Wir werden dem entsprechen. In dieser Versammlung wird der delegierte Bauer vom Kampfkongreß, der durch den Tod seines Sohnes verhindert war, Bericht erstatten.

Kleinbauern und Arbeiter in einer Front. Sie alle müssen gemeinsam zum Kampfe gegen die Steuerlawine und den Terrorkurs der Brüning-Regierung, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Spiel und Tanz statt Unterstützung

Die Amtshauptmannschaft Dresden, wie Polizeipräsidium und Rat der Stadt Dresden haben für den Fastnachtsdienstag die Polizeistunde auf früh 6 Uhr festgelegt, d. h. also praktisch außer [...]konzerte, Tanz usw. können bis früh andauern. Mit diesem Rummel will die herrschende Klasse die Erwerbslosen, Angestellten, Arbeiter und Mittelständler ihre Not vergessen machen lassen. Während Tausende in Verzweiflung, Streik und Hunger stehen, will die herrschende Klasse durch diese Manöver vom Kampf um eine andere Gesellschaftsordnung abhalten. Die Erwerbslosen müssen antworten! Kräfte für die Vorbereitung des Weltkampftages gegen Erwerbslosigkeit am 25. Februar!

„Volksrevolution gegen Faschismus"

Ueber dieses Thema spricht Landtagsabgeordneter Kurt Sindermann im Unteren Gasthof in Lockwitz am Mittwoch, 18. Februar 20 Uhr. Einwohner von Lockwitz-Nickern, Gewerbetreibende, Frauen, Siedler, Freidenker, Sportler, Jugendliche, erscheint in Massen in dieser Versammlung!

KPD Lockwitz.

Sturm gegen Justizhandlanger

Die SPD verhindert wieder Proletarier-Amnestie

SPD-Landsberg erklärt: „Wir sind nicht für eine einseitige Amnestie!" / Kommunistische Abrechnung mit der Klassenjustiz

Berlin, 15. Februar 1931. (Eig. Bericht.)

Der Reichstag als Willensvollstrecker der Befehle der Schwerindustrie, des Finanzkapitals, der Großagrarier, der faschistischen Staatsanwälte und Zuchthausdirektoren hat am Sonnabend den Antrag der Kommunisten auf sofortige Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen und aller Gefangenen, deren Vergehen auf wirtschaftliche Not zurückzuführen sind, abgelehnt.

Es ist charakteristisch für die „deutsche Volksvertretung", daß sowohl das Zentrum wie die Deutsche Volkspartei wie die Staatspartei überhaupt nicht für den Amnestieantrag sprachen. Nur zwei Abgeordnete der Brüning-Diktatur-Parteien äußerten sich. Der eine war der bekannte erzreaktionäre Strafvollzugspräsident von Celle, Muntau, der Mann, der in den Weihnachtstagen des Vorjahres im Zuchthaus Celle die Gefangenen zur Revolte trieb, und der andere, der sich zum Wort meldete, war, wie immer in solchen Fällen, der Sozialdemokrat Landsberg. In gewohnter Frivolität erklärte dieser sozialfaschistische Scharfmacher: „Wir lehnen eine einseitige Amnestie ab!" Wenn dieser Landsberg im Auftrage seiner Partei irgendeine Schandtat zu verteidigen hat, dann beginnt er immer mit moralischen Reden. Diesmal wärmte er wieder den alten Schwindel von der „Hilfe" der Kommunisten bei der Amnestierung von Fememördern auf. Ausgerechnet dieser Landsberg warf unseren Genossen vor, daß sie „unsaubere Geschäfte" machen. Kein Wunder, daß die kommunistischen Abgeordneten voller Empörung auf Landsberg eindrangen. Ein riesiger Tumult entstand. Gen. Heckert rief Landsberg zu:

„Dem Schurken Landsberg brennt jetzt noch das Brandmal des Mordes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf der Stirne!"

Genosse Heckert wurde von Loebe aus dem Saal gewiesen. Aber die ganze kommunistische Fraktion rief: „Jawohl, Landsberg ist ein Schurke!" Doch der abgebrühte Landsberg rührt sich nicht und versucht weiter zu provozieren. Da ruft ihm Genosse Bohnenstengel zu: „Herr Volksbeauftragter Landsberg, haben Sie Schurke nicht die Konterrevolution im Jahre 1919 organisiert?

Haben Sie nicht unzählige Morde an den deutschen Arbeitern auf dem Gewissen?"

Auch Genosse Bohnenstengel wurde aus dem Saale gewiesen.

Nachdem Landsberg merkte, daß er seine Provokationen nicht fortsetzen konnte, wandte er sich zur Regierungsbank, und die vorher „grimmige" Stimme änderte sich in mildes Geflüster. Die Verleumderzunge Landsbergs dient gleichzeitig glänzend zum Stiefellecken bei den hohen und höchsten Klassenrichtern der deutschen Justiz.

Eine schonungslose Abrechnung mit der deutschen Klassenjustiz hielten die Kommunisten durch ihren Redner

Genossen Löwenthal.

Er wies nach, daß gegenwärtig 1400 revolutionäre Klassenkämpfer in den Bastillen der deutschen Republik sitzen und täglich die Justizmaschine des Klassenstaates neue Opfer fordert. Die Funktion der heutigen Justiz kann ja keine andere sein als das System der Unterdrückung und der Ausbeutung zu schützen.

Das Severingsche Republikschutzgesetz ist fast ausschließlich gegen die Kommunisten angewandt worden. Und jetzt „bewährt" es sich in den Händen des Fememörder-Parteigenossen Frick offen als Kampfwaffe brutalster Parteiknebelung. Auf Grund dieses Gesetzes hat Frick kommunistische, ja selbst sozialdemokratische Zeitungen verboten. Es sind Fälle vorgekommen, wo junge Arbeiter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden, weil sie das Lied „Wir sind die junge Garde" gesungen haben. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.) Die Terrorurteile gegenüber der Arbeiterklasse haben sich infolge der verschärften Durchführung des faschistischen Kurses der Brüning-Diktatur ungemein gehäuft. Da die üblichen Gerichte kaum noch ausreichen, die Zahl der zunehmenden Prozesse gegen Arbeiter zu bewältigen, hat man Schnellgerichte eingeführt mit dem einzigen Ziel, die revolutionären Arbeiter so schnell als möglich hinter die Gefängnismauern zu bringen. Diese Schnelljustiz ist eine besondere Schmach. Immer deutlicher aber haben die Massen der Ausgebeuteten erkannt, daß die Justiz eine einseitige Waffe gegen das Proletariat ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Jawohl, aber ist Ihnen etwa unbekannt, daß gegenwärtig 88 kommunistische Redakteure in den Festungen und Gefängnissen dieser Republik sitzen, aber alle Nationalsozialisten, die täglich nicht nur zum Mord auffordern, die diesen Mord sogar organisieren, frei herumlaufen?

In diesen Tagen ist die sozialdemokratische Presse voll von den angeblichen großen Polizeiaktionen gegen Nationalsozialisten. Das ist eins der üblichen Täuschungsmanöver (Sehr wahr! b. d. Kommunisten), um die Arbeiter abzulenken von der wirklichen Unterstützung, die die Nationalsozialisten durch die republikanischen Behörden genießen. Es ist immer so: Gegen die Nationalsozialisten reicht es höchstens zu einigen papierenen Aktionen, aber die Kommunisten steckt man in die Zuchthäuser. Die revolutionären Arbeiter knallt man nieder, die antifaschistischen Organisationen verbietet man, und das Republikschutzgesetz dient lediglich der Durchführung der faschistischen Diktatur. (Lebhaftes Sehr wahr! b. d. Kommunisten.)

Gegenwärtig werden in allen Teilen Deutschlands Waffenlager der Nationalsozialisten entdeckt. Aber den Besitzern wird kaum ein Haar gekrümmt werden. Was macht man aber mit Kommunisten? Ich erinnere nur an die Leipziger Angelegenheit. Dort haben Arbeiter ein geheimes Waffenlager entdeckt. Aber nicht diejenigen Kreise, die dieses Waffenlager angelegt haben, wurden festgesetzt, sondern schon seit etlichen Monaten sitzen die Arbeiter, die das Waffenlager aufgespürt haben, hinter Gefängnismauern. (Hört, hört! b. d. Komm.) Wie mir bekannt wurde, hat sogar der frühere Reichsjustizminister Bredt in den Prozeß gegen die nationalsozialistischen Offiziere vor dem Reichsgericht eingegriffen und hat verhindert, daß Material vorgelegt wird, aus dem die hochverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialisten hervorgehen. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.)

Charakteristisch für die deutsche Klassenjustiz ist auch ihre Einstellung zu den Lohnkämpfen der Arbeiter. Bei solchen Streiks wie im Ruhrgebiet, in Mansfeld, wo die Arbeiter streiken, während die Gewerkschaftsbürokratie Streikbruchdienste verrichtet, stellt sich die Klassenjustiz mit aller Deutlichkeit in die Front der Unternehmer und der Streikbrecher. Die Justiz ist im Bunde, wenn es gilt, die Kämpfe der Arbeiter abzuwürgen und hunderte Fälle sind mir bekannt, wo Arbeiter vor Gericht mußten wegen Streikpostenstehens und wegen Beteiligung an „ungesetzlichen" Streiks.

Der Kampf, den die Arbeiterklasse gegen die Klassenjustiz führt, ist ein Teil des Kampfes gegen Lohnraub, gegen Unterstützungsraub, ein Teil des Kampfes gegen das gesamte kapitalistische System. (Lebhafter Beifall b. d. Kommunisten.)

Nach den Abstimmungen wurde der Reichstag auf nächsten Donnerstag 15 Uhr vertagt. Es folgt dann die Beratung des Wehretats.

Die Erwerbslosen marschieren

gegen den Belagerungszustand der Sozialfaschisten und für die Beschlüsse des Kampfkongresses

Radeberg. Am 13. Februar nahmen in einer gut besuchten Versammlung die Erwerbslosen Stellung zu den Beschlüssen des Kampfkongresses. Folgende Entschließung wurde gegen vier Stimmen angenommen:

„Die heute im Deutschen Haus, Radeberg, versammelten Erwerbslosen stellen sich hinter die Beschlüsse des Kampfkongresses gegen den Faschismus. Sie geloben, mit allen Kräften diese Beschlüsse durchzuführen."

Zwei Parteilose und ein sozialdemokratischer Genosse wurden in den örtlichen Kampfausschuß gewählt. Große Empörung gegen den Belagerungszustand, verhängt von dem sozialdemokratischen Bürgermeister, herrschte unter den Versammelten. Folgende Entschließung wurde gegen drei Stimmen angenommen:

„Die Versammelten verurteilen aufs schärfste den vom Bürgermeister Weise verhängten Belagerungszustand, fordern die werktätige Bevölkerung von Radeberg auf, den Kampf gegen den Faschismus und seine Beschützer zu verstärken."

In der Diskussion versuchte der Ortskartellvorsitzende des ADGB, Mengel, die reformistische Gewerkschaftstaktik zu verteidigen. Parteilose Arbeiter erklärten sich mit den Ausführungen des RGO-Vertreters einverstanden. **Diese Versammlung zeigt erneut, daß die Kampfkraft des Proletariats und die Sympathie für die Kommunistische Partei im Wachsen begriffen ist. Die zahlreich erschienenen sozialdemokratischen Genossen stimmten gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassengenossen für die oben genannten Entschließungen.** (AK 457)

Erwerbslose, heraus zum Weltkampftag gegen Erwerbslosigkeit am 25. Februar!

Ein Reinfall des Staatsanwalts

Rot Front im Gerichtssaal

Die Arbeiter antworten der Klassenjustiz / Für jeden gefangenen Genossen 10 neue rote Helfer!

Dippoldiswalde. Am Donnerstag fanden in Dippoldiswalde unter gesteigertem Andrang der Werktätigen zwei Prozesse statt. Die Verteidigung der Angeklagten hatte die Rote Hilfe übernommen. Im ersten Prozeß brach die Anklage zusammen. Unser Genosse wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Der zweite Prozeß lautete auf gemeinschaftliche Körperverletzung (§ 223) und nach verschiedene andere Paragraphen. Angeklagt waren die Genossen Meier und Raschke. R. wurde im [...] von zwei Nazis mit einem Schlagring zu Boden [...]. Raschke kam ihm zu Hilfe und schlug die Nazibanditen in die Flucht. Dafür, daß Gen. R. seinen Freund nicht totschlagen ließ, waren jetzt beide angeklagt. Die Verhandlung ergab, daß [...] den Vorgang den Tatsachen entsprechend [...] wurde aber von den beiden Nazis [...]. Unsere Genossen wurden verurteilt. Gen. R. zu zwei [...] und Gen. M. zu 15 Mark Geldstrafe. Ersterer erhielt noch einen Tag Haft wegen angeblich ungebührlichen Verhaltens. Er hatte dem Gericht unter anderem im Schlußwort: „Sie können ja gar nicht anders, sie haben [...], sie müssen uns verurteilen, ob [...] oder nicht, die ganze Verhandlung ist doch nur Komödie. Die heutige Klassenjustiz muß doch den vom [...] aufgepäppelten Faschismus schützen, mit allen möglichen Mitteln, [...] der morsche Kapitalismus nur noch an der Macht. Die Zeit ist aber nicht mehr allzu fern, bald werden [...] Richter sein. (Und nach dem Zuhörerraum gewandt:) [...] reiht euch ein in die rote Klassenfront! Nieder mit dem Faschismus! Hoch Sowjetdeutschland!" Sieben bis an die Zähne bewaffnete Polizisten und ein paar Gerichtsdiener führten den Genossen R. sofort ab. Ein „Rot Front!" schloß die Verhandlung, der Ausrufer blieb trotz aller Bemühungen unentdeckt.

Um 20 Uhr wurde sofort eine öffentliche Einwohnerversammlung veranstaltet. Der Spielmannszug stellte um 19 Uhr auf dem [...] zur Versammlungspropaganda. Zirka 60 Arbeiter schlossen sich an. Zum Zeichen des Protestes gegen das Klassenurteil wurde durch die Straßen der Stadt demonstriert. Vor dem [...] wurde Genosse R. durch ein dreifaches „Rot Front!" [...].

Die öffentliche Versammlung in der Reichskrone war überfüllt. Über 200 Personen drängten sich Mann an Mann in den Saal. Zirka 100 fanden keinen Einlaß. Nach einem [...] schilderte Gen. Holzhäuser kurz den Sachverhalt der heutigen Verhandlung, dann ergriff der Verteidiger der Angeklagten, Gen. Bauch von der Roten Hilfe, das Wort. Er [...] die Haltlosigkeit der heutigen Anklage auf und ging dann auf den allerorts vorhandenen faschistischen Terror ein. In treffender Weise schilderte er das Zusammenarbeiten der Presse, Polizei und Justiz mit dem Faschismus gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. In seinen weiteren Ausführungen wies er auf die Bedeutung der Roten Hilfe hin und erklärte zum Schluß: „Die beste Solidarität mit unseren politischen Gefangenen und Hinterbliebenen ist der Eintritt in die Rote Hilfe." Eine ganze Anzahl Arbeiter hatte das schon während der packenden Ausführungen des Gen. Bauch erkannt, rege wurde von den ausgelegten Aufnahmescheinen Gebrauch gemacht.

Nach der Diskussion konnte der Versammlungsleiter den Beitritt von 24 Genossen in die Rote Hilfe melden. Mit Begeisterung nahm das die Versammlung zur Kenntnis. Nach einem kurzen, kernigen Schlußwort, einem dem Gen. R. gebrachten „Rot Front" wurde die Kundgebung geschlossen.

Werktätige, antwortet der Klassenjustiz! Auf jeden verurteilten Proletarier zehn neue Rote Helfer! Vorwärts im Geiste Lenins! (AK 463)

Wandern die 50 Pfennig Krankenscheingebühr in die Tasche Albert Barthels?

Pirna. Mehrfach sind in der Oeffentlichkeit Gerüchte aufgetaucht, wonach die von der Brüning-Regierung diktierten und von der Arbeiterschaft scharf bekämpften Krankenscheingebühren in die Taschen des berüchtigten Barthels aus Copitz wandern sollen. Obwohl die Gerüchte unglaubhaft erscheinen, ist es doch notwendig, vor aller Oeffentlichkeit Klarheit zu schaffen, um so mehr, als dieses Gerücht sich immer hartnäckiger behauptet. Wir fordern deshalb die Krankenkassenverwaltung vor aller Oeffentlichkeit auf, klar allen Versicherten zu antworten.

Gerade Barthels war einer der SPD-Funktionäre, der bei dem Wahlumzug der SPD sich die größte Mühe gab, als erster hinter dem Propagandawagen gegen die Krankenscheingebühren zu demonstrieren. Nachher reihte er sich in die Reihen der Notverordnungsknechte ein. **Wir erwarten die Aufklärung seitens des Krankenkassenvorstandes!** (AK 441)

S. A. T. anaro Dresden

Ĵaŭde, la 19 an de februaro je la 19.30 h, en Popoldomo [...]kunveno. Membrokarto legitimacias!

Verantwortlich für Dresden, Ostsachsen und Feuilleton: Otto Göbel, Dresden; für Sport: [...], Dresden; für Politik, Gewerkschaft, Beilagen und den übrigen Inhalt: [...], MdR, Berlin; für Inserate: Wilhelm [...], Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden, Güterbahnhofstraße 3

Gegen rote Hände: Creme Leodor

Die kühlende und heilende Wirkung der schneeig-weißen Creme Leodor tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte im Winter stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut leistet die Creme bei dem so lästigen Juckreiz der Haut sowie als Puderunterlage vorzügliche Dienste. Tube 60 Pf. und 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.